

2013-02-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 30.01.2013

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:54 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 36**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Fraktion der CDU

Glathe, Otto
Kolze, Jens
Weber, Hendrik

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Andrich, Monika
Sanftenberg, Angela Unentschuldigt

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde
Lohde, Jacqueline
Tietz, Gabriele Dr.
Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Schröter, Steffen

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, eröffnete die Sitzung des Gremiums und stellte dessen ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit (derzeit 32 Stadträte sowie der Oberbürgermeister) fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu der ausgereichten Tagesordnung stellte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, den Antrag, den **Punkt 7.15 von der Tagesordnung** zu nehmen und ggf. in einer späteren Sitzung zu behandeln. In seiner Begründung wies er darauf hin, dass man sich zurzeit in der Diskussion zum Masterplan Bauhausstadt befinde. Er sehe den Beschlussvorschlag als Vorgriff an, da die Einwohnerversammlungen noch nicht abgeschlossen sind. Wenn dies der Fall ist, könne man vielleicht einen solchen Antrag einbringen.

Gegen diesen Antrag sprach sich der Einreicher der Beschlussvorlage, **Herr Dreibrodt**, aus. Er führte aus, schon im Vorfeld der Sondersitzung des Stadtrates am 11.07.2012 hätten die Frontmänner der Namensänderung keinen Zweifel daran gelassen, dass die Abschaffung des Stadtnamens Dessau-Roßlau erfolgen und dies allein durch einen Ratsbeschluss vorgenommen werden soll. Herr Dreibrodt verwies dazu weiterhin auf eine Hauptausschusssitzung vom Mai 2012, in der dies zum Ausdruck kam. Ein Antrag von mehreren Stadträten in der Sitzung des Stadtrates am 11.07.2012, der einen Bürgerentscheid bei Namensänderung zum Ziel hatte, sei neben zwei weiteren Anträgen vom Stadtratsvorsitzenden verhindert und nicht zur Beratung und Abstimmung gestellt worden. Gegen den dann gefassten Beschluss (einschließlich des Pkt. C7) laufen inzwischen eine Kommunalaufsichtsbeschwerde beim Landesverwaltungsamt und eine Klage beim Verwaltungsgericht Halle. Diese Rechtsverfahren würden bestenfalls im Jahr 2014 entschieden.

Aktuell wurden 6 von 14 Einwohnerversammlungen absolviert. Der Stadtname Dessau-Roßlau soll 2013 abgeschafft werden. Allerdings gebe es vehementen öffentlichen Widerstand der Bürgerschaft gegen dieses Vorhaben. Im Stadtteil Roßlau hat sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Stadtnamens gegründet, der neben vie-

len Roßlauern auch schon zahlreiche Dessauer beigetreten sind. Es ist bereits mehr als deutlich, dass das von der Bürgerinitiative angekündigte Bürgerbegehren mit nachfolgendem Bürgerentscheid nicht zu verhindern sein wird. Deshalb rief Herr Dreibrodt auf, namentlich genannt die Herren Schönemann und Bönecke, den Widerstand aufzugeben, sich zu dem Auftrag als Bürgervertreter zu bekennen und den Bürgerentscheid jetzt und heute zu beschließen. Es können solch wichtige und elementare Entscheidungen einer Kommune wie Städtefusionen oder Stadtnamensänderung nicht durch 50 gewählte Stadträte einer Legislaturperiode getroffen werden, deshalb sollte man sich heute zum Bürgerentscheid bekennen.

Der Stadtratsvorsitzende wies angesichts von Wortmeldungen darauf hin, dass man sich momentan in der Abstimmung zur Tagesordnung befindet und man nicht inhaltlich den Punkt diskutieren könne.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erklärte, auch als Mitglied der Bürgerinitiative für den Erhalt des Stadtnamens Dessau-Roßlau kein Problem mit der Streichung des Tagesordnungspunktes am heutigen Tage zu haben. Der Antrag der Fraktion Die Linke sehe nicht vor, die Vorlage zu streichen, sondern auf eine nächste Stadtratssitzung zu verschieben. Herr Schönemann habe auch in der Bürgerversammlung in Rodleben zugesagt, dass seine Fraktion voll hinter einem Bürgerentscheid steht, der durchgeführt werden soll. Darum denke Herr Tonndorf, es sei momentan noch nicht an der Zeit für eine solche Entscheidung des Rates. Darum werde er sich bei dieser Abstimmung auch der Stimme enthalten.

Der Stadtratsvorsitzende Dr. Exner vergewisserte sich bei Herrn Pätzold, dass sein Antrag auf die Absetzung des Tagesordnungspunktes am heutigen Tage zielt und man gesondert eine Entscheidung treffen muss, wann die Thematik wieder auf die Tagesordnung kommen soll. Dies wurde bestätigt und Herr Dr. Exner rief zur Abstimmung zu diesem Antrag auf.

Herr Dreibrodt zeigte seinen Redebedarf an, worauf **Herr Dr. Exner** darauf verwies, er habe bereits Gelegenheit zur Rede gehabt und man befinde sich im Abstimmungsverfahren. **Herr Dreibrodt** äußerte, er sei der Einreicher der Vorlage und es müsse ihm zweimal Rederecht gewährt werden. Er wolle daran erinnern, dass dieses Thema zum Sonderstadtrat hier im Saal war und dieser Stadtrat jetzt über ein halbes Jahr Zeit hatte, sich dem Thema zu stellen, was er nicht getan hat. Er wiederhole, das Bekenntnis zum Bürgerentscheid ist nichts weiter als die Zusage, dem Bürger das Recht zu geben, den Namen zu bestimmen. Die Einzelheiten - zu welchem Datum, mit welcher Fragestellung - könne man später machen. Deshalb bitte er, noch einmal genau auf seine Vorlage zu sehen, er möchte nichts weiter als das Bekenntnis, dass dieser Stadtrat es nicht allein entscheidet, sondern es in die Hände der Bürger legt.

Nochmals gab es den Aufruf zur Abstimmung durch Herrn Dr. Exner. Die **Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.15** wurde bei 5 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich **beschlossen**.

Aufgrund seiner Zwischenrufe erfolgte ein **Ordnungsruf** um Ruhe des Stadtratsvorsitzenden an Herrn Dreibrodt.

Die Tagesordnung in der geänderten Fassung - ohne TOP 7.15 - wurde mehrheitlich bei einer Enthaltung beschlossen.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner sprach eine Belehrung an Herrn Dreibrodt aus: Man habe sich im Abstimmungsvorgang über die Tagesordnung und nicht im Diskussionsprozess über einen Tagesordnungspunkt befunden. In diesem Stadium habe er weder das Recht zweimal zu reden, noch das Recht Erklärungen abzugeben.

Herr Dr. Exner rief in Fortsetzung der Sitzung den Tagesordnungspunkt 3 auf.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012

Zur Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2012 wurden keine Einwände geäußert und sie wurde mehrheitlich genehmigt (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seines Berichtes merkte Herr OB Koschig an, die Neonazis würden zunehmend Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen. Nach dem Totengedenken zum Volkstrauertag gab es nun einen Versuch der Störung des Gedenkens der Opfer der Verfolgten des Naziregimes am Nationalen Gedenktag am vergangenen Sonntag (27. Januar). Er danke dem Ratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner, der in seiner Vertretung die Gedenkworte sprach und auch für einen Platzverweis sorgte.

Herr OB Koschig mahnte, in einer großen Geschlossenheit sollte nun in unserer Stadt Flagge gegen die neonazistischen Umtriebe gezeigt werden. An dieser Stelle rief er alle Bürgerinnen und Bürger auf zur Teilnahme am **demokratischen Protest am 9. März 2013** gegen die angekündigte Demonstration von Neonazis, die die Zerstörung unserer Stadt am 7. März 1945 für ihre Geschichtsverklitterung missbrauchen wollen. Herr Koschig lud ein, sich am Samstag, 9. März, 11.30 Uhr, am Hauptbahnhof einzufinden, um sich dann um 13.00 Uhr in die Innenstadt zu begeben und an der Bildung einer Menschenkette rund um Innenstadt teilzunehmen und Flagge zu zeigen. Eine Initiativgruppe hatte sich dazu im vergangenen Jahr gemeldet und konnte am vergangenen Montag, 28. Januar, hier im Ratssaal zum Stand der Vorbereitung informieren. Die Öffentlichkeit wird weiterhin über den Fortgang informiert.

Obwohl die öffentlichen Verwaltungen zum Jahreswechsel weitgehend geschlossen hatten, wurde an zwei Vorhaben in unserer Stadt sehr intensiv gearbeitet. Über den Jahreswechsel waren die Haustarifverhandlungen für das **Anhaltische Theater Dessau**. Ein Vertrag konnte mit den vier beteiligten Gewerkschaften für ein Jahr ausgehandelt werden. Daraus resultierend - wir konnten ja nur unter Gremienvorbehalt zustimmen - werde heute die Beschlussvorlage 008/2013 vorgelegt. Die Forderung, noch im Jahre 2012 eine Vereinbarung mit der Stiftung Bauhaus Dessau über die **Finanzierung Meisterhäuser** abzuschließen, konnte ebenfalls unter Gremienvorbehalt erfüllt werden. Die Beschlussvorlage ist deshalb auch Gegenstand der heutigen Tagesordnung. Herr OB Koschig dankte allen Beteiligten an den Verhandlungen für ihr hohes Engagement.

Am 19. Januar wurde in der Städtischen Galerie in der Reithalle Paderborn, Schloss Neuhaus, die Wanderausstellung „Von Lucas Cranach bis Wilhelm Trübner - Meisterwerke aus der **Anhaltischen Gemäldegalerie Dessau**“ eröffnet. Diese Wanderausstellung geht noch in weitere Städte Deutschlands. Dazu ist ein sehr gut ausgestatteter Katalog erschienen.

So werden die Sanierungsarbeiten am Schloss Georgium genutzt, um für unsere Anhaltische Gemäldegalerie deutschlandweit zu werben. Die Bauarbeiten dauern an und gemeinsam mit der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz wird nun schon die Wiedereröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie vorbereitet mit einer neuen Hängung, wozu man sich auch im nächsten Monat in Berlin Grunewald und in Weimar umschaute, wo sehr moderne Hängungen zu sehen sind. Bevor aber die Dauerausstellung wieder eröffnet wird - dies wird im Jahr 2015 sein - werde eine große Cranach-Ausstellung im Schloss Georgium geplant.

Der **Tierpark Dessau** war auf Beschluss auch im Dezember 2012 geöffnet. Die Konsolidierungsziele konnte der Tierpark anderweitig erreichen. Es wurden über 2000 Besucher gezählt, die Prognosen haben sich aufgrund des guten Wetters zwischen den Feiertagen erfüllt. Die Mehrkosten für das Kassenpersonal konnten durch die eingenommenen Eintrittsgelder gedeckt werden. Insgesamt begrüßte der Tierpark im vergangenen Jahr 77.111 Besucher.

Nach wochenlangen Vorbereitungen erfolgte am 9. und 10. Januar der Umzug der **Tanzgruppe Holiday** vom Nordklub in die Kinderfreizeitoase. Unmittelbar beteiligt waren neben den Mitarbeitern vor allem die Kinder, Jugendlichen und Eltern der Tanzgruppe. Der Umzug verlief weitestgehend reibungslos. Die Bedingungen in der Kinderfreizeitoase werden von allen Beteiligten als gut eingeschätzt. Der Beginn des Trainingsbetriebes war dann der 14. Januar, erste Auftritte sind Anfang Februar geplant. Herr Koschig wünschte viel Erfolg am neuen Standort.

Am 7. Dezember 2012 wurde Frau Annett Ebert zur **Schulleiterin der Grundschule „An der Heide“** bestellt. Der Direktor des Landesschulamtes, Herr Torsten Klieme, überreichte ihr die Ernennungsurkunde. Für ihre Tätigkeit wurde ihr viel Erfolg gewünscht.

Herr Klieme ist ebenfalls Mitglied der **Lenkungsgruppe Fachkräftegewinnung und -sicherung**, die alle Aktivitäten in unserer Region bündelt. Diesem Thema dient auch das **4. Unternehmensforum** für die Wirtschaftsregion Anhalt-Bitterfeld-Dessau-Roßlau-Wittenberg am 4. März, wenn in der Stiftung Leucorea Wittenberg zum Thema „Corporate Social Responsibility und Fachkräftegewinnung“ eingeladen wird.

Das neue Jahr beginnt immer mit einer Reihe von sehr hochwertigen **Sportveranstaltungen**. Den Startschuss gab das 14. internationale Hallenfußballturnier um den „FORD-CUP“ am Samstag, dem 12. Januar 2013 in der Anhalt Arena mit fast 1.300 Zuschauern. Am 20. Januar folgte ebenfalls zum 14. Mal das internationale Handballturnier der Männer um den „PEUGEOT-CUP“ mit über 1.700 Zuschauern. Das vielleicht sympathischste Turnier in unserer Stadt findet alljährlich um den Allianz-Cup statt, wenn die U-11-Hallenfußballer aus ganz Deutschland, Tschechien, Österreich und den Niederlanden zu uns kommen und zu Gast sind bei den heimischen Fußballvereinen. So findet nicht nur der sportliche Vergleich statt, sondern auch ein gutes Stück sportlicher Kameradschaft und Völkerfreundschaft.

Eine Einladung sprach Herr OB Koschig für den 1. Februar zu einem besonderen sportlichen Höhepunkt in unserer Anhalt-Arena aus. Wieder einmal gastiert der aktuelle Tabellenzweite der Handball-Bundesliga der Frauen, der HC Leipzig, zu einem Europapokalspiel gegen Byasen Trondheim (Norwegen). Anwurf ist 19:30 Uhr.

Wie Herr OB Koschig schon in der Neujahrsansprache berichten konnte, ist die **Umstrukturierung und Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH** abgeschlossen. Es erfolgte die Neuaufnahme der WFG Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Ab 1.1.2013 ist sie jetzt tätig. Damit sind die drei Aufgaben im Regionalverband, der Regionale Planungsverband, der Regionale Tourismusverband und nun auch durch den Regionalen Wirtschaftsförderungsverband abgeschlossen und wir haben damit eine neue Stufe der regionalen Zusammenarbeit erreicht. Auch dieser Gesellschaft wurde viel Erfolg zur wirtschaftlichen Belebung und Entwicklung der gesamten Region gewünscht.

Mit der **Grundsteinlegung der DEKRA** am 13. Dezember 2012 im unmittelbar angrenzenden Bereich wurde der erste Schritt zur **Wiederbelebung des neu erschlossenen Gewerbegebietes Revitalisierung Junkalor** getan. Hierdurch werden nicht nur 70 Arbeitsplätze gesichert und die Option auf weitere geschaffen, sondern auch ein weiterer Schritt zur Erhaltung und Etablierung der Stadt als Dienstleistungszentrum der Region getan. Nun ist es dringend notwendig, die Erschließungsstraße auch zu benennen. Dazu liegt heute auch eine Beschlussvorlage vor.

Zur Erschließung der touristischen Potenziale der UNESCO-Welterbestätten „Berliner Siedlungen der Moderne“ und „Bauhausstätten in Weimar und Dessau“ hat sich der **„Arbeitskreis zur Erschließung der Welterbestätten der Moderne“** gebildet. Ihm gehören die UNESCO-Welterbestätten, die Senatsverwaltung Berlin, die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau, touristische Organisationen und weitere Institutionen an.

Ein Projekt des Arbeitskreises ist die Initiative **„Triennale der Moderne“**. In einem Dreijahresrhythmus, beginnend im Jahr 2013, soll jeweils in einem Zeitraum von 2 Wochen unter Einbeziehung von 3 Wochenenden durch verschiedene Veranstaltungen und Aktionen die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf die „Welterbestätten der Moderne“ gerichtet werden. Jeweils ein Wochenende soll dann für eine der Welterbestätten der Moderne das Hauptaktionswochenende sein.

Insbesondere im Hinblick auf die Jubiläen 90 Jahre Bauhaus in Dessau (2016) und 100 Jahre Bauhaus (2019) gehen die Akteure davon aus, dass durch dieses schlagkräftige Netzwerk im Rahmen der Triennale der Moderne ein großes touristisches Potenzial erschlossen werden kann.

Die erste Triennale der 3 Welterbestätten der Moderne wird vom 28./29.09. bis 12./13.10.2013 stattfinden. Das **Hauptaktionswochenende in Dessau-Roßlau** wird am **12. und 13. Oktober** sein. Für das Veranstaltungswochenende in Dessau-Roßlau wurde ein Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Erarbeitung eines Veranstaltungskonzeptes, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und die Vermarktung erteilt. Die Mittel werden bereitgestellt aus der Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur - wirtschaftsnahen Infrastruktur/Regionalbudget".

Zur Fortsetzung der **Einwohnerversammlungen zum Masterplan Bauhausstadt** wurde heute bereits etwas gesagt. Herr OB Koschig lud ein zum 19. Februar 2013 in Dessau-Alten, West, Zoberberg (Berufsschulzentrum Junkersstraße 3, 17.00 Uhr.)

Für die **touristische Vermarktung** der Stadt Dessau-Roßlau wurden die Imagebrochure und das Verkaufshandbuch überarbeitet und in einem neuen Design erstellt. Die Broschüren wenden sich an potenzielle Individualgäste, Reiseveranstalter, Gruppen und Vereine und werden bei Gästeanfragen und Anfragen von Reiseveranstaltern und Gruppen verschickt, auf Tourismusmessen angeboten und auch bei Tagungen und Präsentationen ausgelegt.

Der Bericht zum Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation wurden schriftlich an die Fraktionen ausgereicht. In Ergänzung zum Vorhaben **Umgestaltung und Verkehrsentlastung Kavalierstraße** wurde als Tischvorlage der jüngste Bescheid des Landesverwaltungsamtes zur Kenntnisnahme vorgelegt. So wichtig die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Innenstadt und der Aufenthaltsqualität in der Kavalierstraße auch sind, dürfe dabei das Gesamtverkehrskonzept nicht außer Acht gelassen werden.

Auf den diesjährigen **Neujahrsempfang** eingehend, welcher gemeinsam mit der Volksbank Dessau-Anhalt e.G. am 13. Januar im Anhaltischen Theater durchgeführt wurde, schätzte Herr OB Koschig ein, dass er wieder eine sehr schöne Veranstaltung für unsere Stadt war mit Wirkung in die Stadt und über ihre Grenzen hinaus. Minister Aeikens, der für die Landesregierung die Grußworte sprach, war außerordentlich angetan von der Atmosphäre in unserem Theater und von der Art und Weise, wie wir unseren Neujahrsempfang durchführen. Er hebt sich deutlich von der Vielzahl von Neujahrsempfängen in unserem Land ab, schätzte er ein.

Gemeinsam mit weiteren Vertretern des Stadtrates kehrte er soeben von einer Veranstaltung in der Aula des Bauhauses zurück, berichtete Herr OB Koschig. Auf Initiative des Tumorzentrums Dessau e.V. und im Beisein des Ministerpräsidenten Dr. Haseloff wurde die **"Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland"** unterzeichnet. Die Veranstaltung läuft zurzeit noch mit Kurzvorträgen. Auch hier hat die Beauftragte des Bundes zur Umsetzung dieser Charta uns bescheinigt, dass sich die Qualität und Atmosphäre der Kultur dieser Veranstaltung in Sachsen-Anhalt deutlich von anderen Veranstaltungen zur Unterzeichnung dieser Charta abhebt.

Insofern könne man nicht nur stolz auf unser Bauhausgebäude und seine Ausstrahlung, die es auf unsere Gäste ausübt, sein. Herr Koschig hatte in seinem Grußwort auch den Historischen Friedhof benannt, der der erste kommunale Friedhof Deutsch-

lands war und habe so auch unsere Gäste über die Geschichte unserer 800-jährigen Stadt informieren können.

Am 24. Januar fand im Rathaus Dessau ein Gespräch mit Vertretern unserer Ratsfraktionen zum **Erhalt des JVA-Standortes Dessau-Roßlau** statt. Herr OB Koschig würde sich freuen, wenn der Stadtrat diese erneute Initiative zum Erhalt des JVA-Standortes unterstütze.

An den Bericht des Oberbürgermeisters anknüpfend, bezog sich **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** auf den allen Stadtratsfraktionen per Email zugegangenen Entwurf der Resolution zum Erhalt des JVA-Standortes Dessau-Roßlau. Er unterbreitete den Vorschlag, dass sich das Gremium heute und an dieser Stelle zu dieser Resolution befinden möge. Das Büro des Oberbürgermeisters würde sie dann entsprechend vorbereiten, den Fraktionsvorsitzenden zur Unterzeichnung vorlegen und an das Land weiterreichen.

Dem Vorschlag kamen die anwesenden Mitglieder des Stadtrates nach.

Die **Resolution zum Erhalt des JVA-Standortes Dessau-Roßlau** wurde einstimmig verabschiedet.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 12.12.2012 wurde im nichtöffentlichen Teil der Beschluss zum Touristischen Infrastrukturvorhaben "Besucherinformation Bauhausorte und Bauhausbauten" gefasst, gab Herr OB Koschig bekannt.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Herr Ulrich Tannhäuser, Linzer Straße 36, richtete an das Gremium folgende Fragen:

1. Im Amtsblatt 1/2013 sei ihm unter der Rubrik Bürgerhaushaus von der CDU-Fraktion eine Tabelle aufgefallen und er stellte fest, der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister und die Beigeordneten haben hier etwas Großartiges geschaffen. Es wurde geschafft, den Schuldenstand der Stadt Dessau-Roßlau so weit herunterzufahren, dass er Ende diesen Jahres tatsächlich unter 50 % liegt. Das ist ein hervorragendes Ergebnis und kann nur erreicht werden, wenn gemeinsam an einem Strang gezogen wird. Das scheine hier der Fall zu sein. Dafür gebühre ihnen Dank und Anerkennung. Auf seine Frage, ob Frau Bürgermeisterin Nußbeck sa-

gen könne, wann in etwa der Schuldenstand gegen 0 läuft, erwiderte diese, dass dies voraussichtlich 2020 der Fall sein wird.

2. Die zweite Fragestellung richtete er an den Oberbürgermeister. Er habe vor längerer Zeit einem Beigeordneten - Herrn Dr. Raschpichler im Zusammenhang mit dem Städtischen Klinikum und dem Masterplan Kultur - bestimmte Verwaltungsaufgaben entzogen. Nunmehr frage Herr Tannhäuser, ob die Voraussetzungen, die zum Entzug geführt haben, heute noch vorliegen und es nicht an der Zeit wäre, darüber nachzudenken, diese Aufgaben wieder rück zu übertragen, damit die Herren, die dafür bezahlt werden, sie auch verrichten können. Dazu sei Herr Tannhäuser auch mit einer schriftlichen Antwort zufrieden.
3. Gezielt an eine Person im Stadtrat, an Herrn Dreibrodt, stellte Herr Tannhäuser seine dritte Frage: Herr Dreibrodt werde es vielleicht nicht wissen, aber seine Außenwirkung, die er mit seinem opportunistischen Verhaltensweisen hier im Stadtrat erreicht, sei verheerend. Es werfe insgesamt ein schlechtes Licht auf den Stadtrat, was der Stadtrat nicht verdient habe. Herr Tannhäuser frage ihn deshalb, ob er in der Lage sei, etwas mehr Demut gegenüber seinen Mitstreitern, dem Präsidium, dem Oberbürgermeister und vor allem gegenüber den Menschen der Stadt, deren Interessen er vertreten soll, zu üben. Wenn er dies nicht könne, frage er, wann werde Herr Dreibrodt von seinem Amt zurücktreten.

Eine Antwort als direkt Angesprochener erteilte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**. Er erklärte zu seiner Person, was Herrn Tannhäuser vielleicht nicht bekannt sei, wenn 2014 diese Legislatur zu Ende ist und er noch Mitglied dieses Stadtrates ist, wovon er ausgehe, habe er ¼ Jahrhundert kommunalpolitische Arbeit, Erfahrung in Kreistagen und verschiedenen Stadträten hinter sich. Deshalb könne er nur entgegnen, die Frage sei für ihn verwunderlich. Jeder, der ihn kenne, wisse, dass er sehr kritisch und vor allem nicht manipulierbar ist und immer versuche, nach seinem Gewissen seine Arbeit auch sehr intensiv zu machen. Wann er sein Stadtratsmandat aufgrund der Einschätzung von Herrn Tannhäuser niederlege, diesen Punkt könne er nicht erkennen und auch den Inhalt seiner Kritik könne er persönlich schwer verstehen.

Frau Gabriele Perl, Deutscher Mieterbund, Rabestraße 4, merkte an, es liege ihr fern, jemandem auf die Nerven zu gehen, doch stünde sie heute nicht hier, wenn sich jemand dieses Themas angenommen hätte. Im Dezember habe der mdr einen Beitrag gesendet, wonach 139 Menschen in Dessau-Roßlau im Winter ohne Heizung sind. Der Deutsche Mieterbund halte es, um es milde auszudrücken, für einen sozialpolitischen Missstand. Zwar tragen u. E. die DWG als auch die DVV Verantwortung, aber die soziale Verantwortung liege hier. Ihre Frage gehe deshalb an den Beigeordneten für Soziales, Herrn Dr. Raschpichler, ob er die Zahl von 130 Menschen ohne Heizung bestätigen könne. Wenn ja, worin sieht er die Ursachen und was denkt er dagegen zu tun. Die Beantwortung erbat Frau Perl in schriftlicher Form.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, sagte zunächst eine schriftliche Beantwortung zu und führte dann aus, er wolle auf eine mündliche öffentliche Frage gern auch öffentlich hier im Stadtrat antworten. Er teile zunächst die Einschätzung von Frau Perl zu 100 %. Was der Bericht im Fernsehen wiedergibt, ist ein Skandal. Es sei zu überlegen, wie so etwas zustande kommt und wie die Berichterstattung einzuschätzen ist. Herr Dr. Raschpichler könne nicht einschätzen, ob es 130 Bürger in dieser Stadt gibt, die ohne Heizung sind, weil das Sozialamt davon nur Kenntnis erlangen kann, wenn diese Bürger sich auch melden

und ihr Anliegen schildern und mitwirken, um diesen Missstand zu beseitigen. Dazu also seine Antwort: Es kann sein, dass die Zahl stimmt, es sei aber auch möglich, dass sie nicht stimmt. Man werde der Verwaltung zustimmen, dass sie nur tätig werden kann, wenn sie Kenntnis von den Missständen hat.

Des Weiteren sei es das Problem, was wir zurzeit auch mit allen Beteiligten diskutieren, da Herr Dr. Raschpichler glaubt, dass es Einrichtungen in der Stadt gibt - es wurden zu Recht die Wohnungsunternehmen und die Energielieferanten angesprochen - die bestimmt eher als die Stadtverwaltung von solchen Dingen Kenntnis haben. Nun ist die Frage, wie das unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Gründe gelöst werden kann, wenn die betroffenen Mieter nicht selbst zu uns kommen oder zu Dritten und ihr Problem darlegen und um Hilfe bitten. Insofern sei man derzeit intensiv im Gespräch, wie die Stadt mit den Institutionen, die Kenntnis haben, einen ordentlichen Informationsfluss sicherstellen kann, der auch den Rechten der Betroffenen Rechnung trägt.

Als der Bericht im Fernsehen lief, habe die Verwaltung selbstverständlich unverzüglich über das Sozialamt mit den Familien, von denen wir ja dann Kenntnis hatten, Kontakt aufgenommen und ihnen jegliche Unterstützung angeboten. Hier wolle Herr Dr. Raschpichler aber die Frage stellen, was machen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, die offensichtlich wirklich unter sozialwidrigen Umständen leben, aber auch im Einzelfall nicht bereit sind, diese Wohnung zu verlassen und ein Angebot der Wohnungsunternehmen anzunehmen, wo dann die Wohn- und Mietverhältnisse, im übrigen auch die Heizungsbedingungen stimmen.

All diese Gesichtspunkte müssen im Auge behalten werden und **Herr Dr. Raschpichler** wäre dankbar, wenn Frau Perl als Mieterbund hier Ratschläge hätte und helfen könne, dieses wirklich komplizierte System aufzubrechen, wie man an die Menschen herankommt, die Hilfe offensichtlich auch nicht in dem Rahmen annehmen, wie sie möglich ist.

Abschließend sprach Herr Dr. Raschpichler an alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die in irgendeiner Beziehung ein Problem haben, die Bitte aus, sich vertrauensvoll dort zu öffnen, wo man das Problem lösen kann. In allen Ämtern werden die Daten auch vertraulich behandelt, man müsse aber auch die Gelegenheit bekommen, die Probleme auch kennenzulernen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, so dass der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, den Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde schloss.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Roland Gebhardt, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeister von Kleutsch, erinnerte daran, dass zum 31.12.2012 in den Vororten die Maßnahme zur Unterstützung der Ortschaftsräte auslief. Bisher hatten diese eine Arbeitskraft zur Verfügung. Die Aufgaben bleiben jedoch, man könne aber nicht alles auf das Ehrenamt herunter brechen. Deshalb frage er, wie in Zukunft die Verwaltung diese Bürgerhäuser vermieten

und die geringen Freizeitangebote, die über diese Arbeitskraft auch mit gesichert wurden, weiterhin gewährleisten will. Wie geht es in diesem Jahr weiter? Wenn dieses Jahr keine Lösung gefunden wird, ist es für die Vororte ein Sterben auf Raten.

Es war ein sehr gutes Programm, welches nun ausgelaufen ist, bestätigte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, und es ist dem Referat 08, welches zuständig ist, nicht gelungen, eine Anschlussmaßnahme zu kreieren. Man versuche es über den Bundesfreiwilligendienst. Momentan arbeitet das zuständige Referat sehr intensiv an dieser Lösung. Es könne aber hier noch keinen Lösungsansatz vorstellen, außer, dass man mit dem Referat daran ist, Lösungsmöglichkeiten mit den entsprechenden Partnern (Koordinierungsstelle etc.) zu erarbeiten.

Die Ausführungen von Herrn Gebhardt wurden durch **Herrn Schöнемann, Fraktion Die Linke** und Ortsbürgermeister von Kleinkühnau, unterstützt. Er fragte an Herrn OB Koschig gerichtet nach, ob es seitens der Verwaltungsspitze in jedem Fall bei einer Möglichkeit zur weiteren Begleitung der Ortschaftsräte kommt. Darauf entgegnete **Herr Koschig**, dass es das Bemühen der Stadtverwaltung sei.

Auf ein Anliegen kommend, welches von mehreren Bürgern an sie herangetragen wurde, wandte sich **Frau Angela Müller, SPD-Fraktion**, an die Verwaltung mit der Bitte um Weiterleitung an die Verkehrsbetriebe, Herrn Ceglarek. Die Busse in der Nachtlinie seien in einem sehr schlechten Zustand hinsichtlich ihrer Federung und es sei eine Zumutung für die Bürger, damit zu fahren. Man sollte über eine Änderung nachdenken. Die Busfahrer, an die sich die Bürger gewandt haben, erklärten, schon mehrfach etwas gesagt zu haben, es tue sich aber nichts.

Ebenfalls auf ein Problem aufmerksam machend, führte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, aus, es sei bekannt, dass in der Stadt viele Menschen auf häusliche Pflege angewiesen sind. Für denjenigen, der pflegen müsse, stelle es auch eine hohe Belastung dar. Es komme auch zu der Situation, dass ein Pflegender selbst erkrankt oder einmal Urlaub benötigt, worauf er einen Anspruch hat. In solchen Fällen war es bisher möglich, die Pflegebedürftigen in Kurzzeitpflege zu geben. Die einzige Einrichtung, die es in Dessau gab, war in der Diakonie und wurde nunmehr geschlossen. Auf der Suche, wo es Pflegeplätze in der Stadt gibt, musste man feststellen, dass es überall in den Pflegeheimen nur Streubetten gibt, aber keine definierte Kurzzeitpflege. Wer also jetzt spontan einen Platz für einen Pflegebedürftigen benötigt, hat Schwierigkeiten, das zu organisieren. Herr Hartmann appellierte an all diejenigen, die in irgendeiner Form damit zu tun oder Einfluss haben, dieses Problem mitzunehmen und zu sehen, wie es in unserer Stadt gelöst werden kann.

Herr Dr. Raschpichler bedankte sich für den Hinweis. Es sei natürlich bekannt, dass die einzige Pflegeeinrichtung geschlossen hat. Richtig ist aber auch, dass es nach wie vor eingestreute Betten gibt. Mit der Pflegestrukturplanung, die in den nächsten Tagen auch öffentlich vorgestellt werde, soll eine Möglichkeit entwickelt werden - ein Informationssystem, über das frei gewordene Kurzzeitpflegebetten zur Kenntnis gelangen, damit derjenige, der eine solche Leistung erbittet und nötig braucht, eine entsprechende Auskunft bekommt. Wie weit dies klappen kann, hänge im Wesentlichen davon ab, wie alle Beteiligten auch mitwirken.

Als Sprecher für diejenigen, die täglich zwischen Wohnort im Umland und Arbeitsort pendeln müssen und in der Nähe des Stadtzentrums einen gebührenfreien Parkplatz benötigen, trat **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, auf. Als Beispiel führte er seine Tochter an, die von Roßlau kommend in Dessau in eine Fahrgemeinschaft umsteigt, weiter zu ihrem Arbeitsort fährt und für ihr Auto einen Parkplatz benötigt. Bisher waren bzw. sind Stellflächen auf dem Parkplatz am Zollhaus, am Muldewehr usw. vorhanden, die nun aber im Zuge des Baus der Ersatzbrücke verschwinden werden. Herr Tonndorf bat, über dieses Problem nachzudenken und ihm eine schriftliche Beantwortung zukommen zu lassen.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, nahm sich des Anliegens an und sagte eine Beantwortung zu.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, meldete sich zu Wort und bemerkte, der Vorsitzende habe wiederum die Geschäftsordnung nicht eingehalten. Nach jeder Abstimmung zu einer Beschlussvorlage oder zu einem Geschäftsordnungsantrag - das war es vorhin - ist jeder Stadtrat berechtigt, eine persönliche Erklärung abzugeben. Da ihm das vorhin verweigert wurde, hole er es jetzt unter dem TOP Öffentliche Anfragen und Informationen als Mitteilung nach:

„Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Stadträte, ich bedaure es außerordentlich, dass Sie sich heute wiederholt einem Bürgerentscheid zur Stadtnamensänderung verweigert haben, stelle aber hiermit den Antrag, meinen Beschlussantrag ‚Stadtnamensänderung nur über Bürgerentscheid‘ gleichlautend auf die Tagesordnung des nächsten Haupt- und Personalausschusses und des nächsten Stadtrates zu nehmen. Ich bitte also die Herren Koschig und Dr. Exner, diese zugegeben sehr früh beantragten Punkte aufzunehmen und in der Tagesordnung zu berücksichtigen.“

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erwiderte, zu dem bezeichneten Zeitpunkt habe man sich in einem ganz anderen Stadium des Verfahrens befunden. Insofern bleibe er bei dem vorhin bereits Gesagten.

Der Tagesordnungspunkt 6 - Öffentliche Anfragen und Informationen - wurde beendet.

7 Beschlussfassungen

7.1 Beschluss zur Förderung des Anhaltischen Theaters Vorlage: BV/008/2013/I-ATD

Zur Vorlage führte **Herr Oberbürgermeister Koschig** ein. Er legte dar, bereits in seinem Bericht darauf eingegangen zu sein, dass über den Jahreswechsel sehr intensiv Haustarifverhandlungen für unser Anhaltisches Theater geführt wurden.

Wie bekannt ist, hat das Kultusministerium ein Moratorium vorgeschlagen, dem die Stadt auch für die Dauer des Kulturkonvents gefolgt ist. Dies war vorgesehen für das ganze Jahr 2012, der Konvent sollte Ende vorigen Jahres zu seinem Fazit kommen. Es machte sehr viel Sinn, sich diesem Moratorium anzuschließen, so dass im vergangenen Jahr keine Anschlussverhandlungen für die Förderung und Finanzierung des Anhaltischen Theaters geführt wurden und wir davon ausgingen, dass die kompletten Zahlungen und Zuwendungen an das Theater eingehalten werden. Leider hatte das Kultusministerium eine andere Auffassung und hat aus dem Vertrag Theater der Region einseitig 205.000 EUR heraus genommen, was zu einer denkbar schlechten Ausgangsbedingung führte für die Haustarifverhandlungen in unserem Theater. Obwohl das Kultusministerium von uns mehrfach informiert war, dass unser Haustarifvertrag Ende des Jahres 2012 ausläuft und wir dringend Signale brauchen, in welcher Form Anschlussfinanzierungen möglich sind, war das ein Signal in die völlig falsche Richtung.

Man müsse auch wissen, dass wir 10 Jahre lang keine Anhebung der Gehälter hatten und über die Haustarife der Ausgleich durch Lohnverzicht kam. Es gibt Mitarbeiter, die bis zu 16 % auf ihren Lohn verzichten und das durch Freizeitausgleich, der auch nicht immer in voller Höhe gewährt werden konnte, aufwiegen. Wenn man eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,5 bis 2 % annimmt, sind es bei 1,6 % Minderung 16 % des Einkommens. Das ist eine Situation, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vertretenden Gewerkschaften keine Möglichkeit sahen und dem Antrag von Herrn Koschig nicht folgen konnten, für die Haustarifverhandlungen auch dem Moratorium zu folgen. Niemand konnte sagen, wie es dann 2013 weitergeht, wenn wir in die Tarifverhandlungen mit dem Land eintreten. Insofern waren Signale von uns gefordert.

Inzwischen hat der Kulturkonvent seine Arbeit beendet. Es hat sehr intensive Gespräche auch über das Theater gegeben. Die Theaterträger, die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister hatten die Möglichkeit, in einer sehr umfangreichen Anhörung zu Wort zu kommen. Hier ist zumindest vom Konvent die Einwendung von Herrn Koschig mit aufgenommen worden, doch die Umwandlung in ein Staatstheater mit aufzunehmen. Auch wenn es dazu wahrscheinlich keine Mehrheit geben wird, halte er es nach wie vor sehr wichtig und Sinn stiftend, auch diese Forderung aufrecht zu erhalten für den dauerhaften und nachhaltigen Betrieb unseres Anhaltischen Theaters. Uns schwebt da in etwa die Konstruktion vor, wie sie in der Weimarer Republik war, gab **Herr OB Koschig** an, 2/3 trägt das Land und 1/3 Beteiligung der Stadt für das auszugleichende Defizit.

Es ist eine breite Auffassung im Kulturkonvent, dass der Haushalt des Kultusministers nicht auskömmlich ist. Es ist die Forderung aufgemacht worden, 1 % des Landesbudgets - und hier ist eigentlich in Absolutsumme formuliert worden 100 Mio. € - dem Kultusminister zur Verfügung zu stellen, um so auch mindestens die Hälfte des zurzeit bestehenden Finanzierungsdefizits für alle Theater in unserem Lande ausgleichen zu können, einschließlich dessen, dass die Theaterfinanzierung nicht weiter im Lande gedeckelt sein darf und auch für die Theaterverhandlungen eine Dynamisierung eingeführt werden sollte.

Wie das Kultusministerium und dann unser Landtag darauf reagieren, bleibt abzuwarten. Hier bitte **Herr Koschig** alle politischen Parteien und unsere Abgeordneten im Landtag, sich stark zu machen für die Umsetzung der wesentlichen Punkte des Kulturkonventes, der, gerade was die Situation der Kulturlandschaft in unserer Stadt ist, doch recht deutliche Worte gefunden hat für die Unterstützung unserer Arbeit.

Zurückkommend auf die Haustarifverhandlungen, die im vergangenen Dezember begannen und im Januar abgeschlossen werden konnten, stellte Herr OB Koschig fest, diese Verhandlungen führten zu dem heute vorliegenden Ergebnis, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates und der Zustimmung der Gremien - hier habe man es mit 4 Gewerkschaften zu tun. Als Deckungsvorschlag dient der über das Urteil des Landesverfassungsgerichtes erstrittene zusätzliche Betrag zur Gleichbehandlung mit den beiden anderen kreisfreien Oberzentren Halle und Magdeburg, inzwischen kennen wir die Summe 5,7 Mio. €, über das Finanzausgleichsgesetz.

Wir hatten im Zusammenhang mit dem Masterplan Dessau-Roßlau auch schon immer betont, dass es neben den von uns im Haushaltskonsolidierungskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen natürlich eine Alternative gibt und das wäre eben die Gleichbehandlung mit den anderen beiden Oberzentren. Das hatte Herr Koschig auch nochmals am 8. November 2011 bei der Kabinettsitzung in unserem Hause dem Kabinett unserer Landesregierung vorgetragen. Heute werde genau der Weg vorgeschlagen, aus dieser Summe den Betrag, den wir in den Haustarifverhandlungen verhandelt haben, zur Verfügung zu stellen.

Es ist hier Eile geboten, es gilt auch, hier eine Gefahr abzuwenden. Der Haustarifvertrag ist mit einem sehr hohen Engagement des Ensembles, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Theaters entstanden, denn der Lohnverzicht bleibt erhalten, mit 10,5 % ist ein Ergebnis ausgehandelt worden, wo auch die Gewerkschaften sich enorm beteiligen. Man muss wissen, dass die Mitarbeiter sich durch diesen Lohnverzicht auch weiterhin an der Finanzierung unseres Theaters beteiligen werden. Wir geben auch mit diesem Ergebnis ein deutliches Signal in das Haus.

Herr Koschig informierte weiterhin darüber, dass in der OB-Dienstberatung die Beigeordneten nicht einhellig dieser Vorlage zustimmten. Der Sozialbeigeordnete, Herr Dr. Raschpichler, hat diese Ablehnung auch schriftlich vorgelegt und mich gebeten, diese an den Haupt- und Personalausschuss auszureichen. Herr Koschig habe dies zur Kenntnisnahme durch den Stadtrat heute getan, weil er die Mitglieder des Stadtrates heute bitten möchte, darüber zu beschließen, und habe dies nicht dem Haupt- und Personalausschuss ausgereicht. Der Wirtschaftsbeigeordnete, Herr Hantusch habe sich dieser Auffassung ausdrücklich angeschlossen, worüber Herr OB Koschig den Stadtrat hier ebenfalls informieren möchte.

Dieser ausgehandelte Haustarifvertrag habe eine enorme Signalwirkung in das Haus, in unser Ensemble hinein, aber auch in das Land. Es fällt uns schwer, diesen Beschluss zu fassen, es ist eine enorme Summe, wir kommen an die magische Grenze von 8 Mio. € Zuschuss für unser Haus. Es ist ein Vertrag, der für ein Jahr ausgehandelt wurde. Er soll nur für dieses Jahr 2013 gelten, weil wir dann in die folgenden Theaterverhandlungen mit dem Kultusministerium eintreten wollen. In Vorbereitung unserer heutigen Beratung und der Verhandlungen mit dem Kultusministerium hat der Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters Dessau beschlossen, ein externes Gutachten in Auftrag zu geben, um hier auch nochmals durch einen kompetenten Dritten unter Begleitung unseres Kommunalen Beteiligungsmanagements das Theater auszuleuchten, nach weiteren Einsparmöglichkeiten und weiteren Möglich-

keiten zur Erzielung von Einnahmen zu sehen, um dann in die Theaterverhandlungen mit zusätzlich gesicherten Informationen gehen zu können. Auch dieses Vorhaben wird seitens des Kultusministeriums sehr begrüßt.

Herr OB Koschig erinnerte an die Resolution zum Erhalt des Anhaltischen Theaters Dessau und bat um Zustimmung zur vorliegenden Vorlage, um das Ja des Stadtrates für unser Theater.

Auf die Nachfrage von **Herrn Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, wie die Aussage des OB zu verstehen ist, dass der Wirtschaftsbeigeordnete die gleiche Auffassung vertrete. Aus dem Kontext wurde nicht deutlich, ob die Auffassung des Oberbürgermeisters oder die des Beigeordneten Dr. Raschpichler gemeint war.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, es sei so zu verstehen, dass Herr Beigeordneter Hantusch sich Herrn Dr. Raschpichler mit seinem abweichenden Votum angeschlossen hat. Dies wurde von **Herrn OB Koschig** bestätigt.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erhielt das Wort und legte dar, es sei eine schwierige Situation, wenn in einer Beigeordnetenrunde Dinge diskutiert und sachlich unterschiedlich abgewogen werden, sich dies aber im Protokoll nicht wiederfindet. Er habe dem Oberbürgermeister vorgeschlagen, zunächst im Haupt- und Personalausschuss diese unterschiedlichen Meinungen, die eine Sachgrundlage haben, zu diskutieren. Diese Verabredung habe Herr OB Koschig nicht eingehalten und wollte dies heute öffentlich tun. Deshalb werde Herr Dr. Raschpichler sich auch öffentlich erklären, damit nicht der Eindruck entsteht, hier würden zwei Beigeordnete, er spreche hier für den Beigeordnetenkollegen Hantusch mit, evtl. sich verweigern, wenn es um die Unterstützung, Beförderung, das Vorankommen von zwei wichtigen Einrichtungen dieser Stadt geht. Bei der zweiten Einrichtung handele es sich um die Meisterhäuser, wo es eine ablehnende Position von Herrn Hantusch und ihm gab.

Da Herr OB Koschig nun aber in einer sehr fragwürdigen Art lediglich die Ablehnung von zwei Beigeordneten thematisiert habe, aber nicht die Gründe, sei es wichtig, wenn er hier auf diese Gründe eingehe. Er bitte Herrn Hantusch, seinerseits dazu Ergänzungen zu machen.

Richtig ist, dass viele Überlegungen, die das Theater und auch das Thema Meisterhäuser betreffen, schon in dem von Herrn Dr. Raschpichler erarbeiteten Masterplan Kultur detailliert aufgezeigt wurden. Auch das Thema Staatstheater ist ein Thema, das nicht neu dem Kulturkonvent vorgetragen wird, auch das Thema einer regionalen Beteiligung am Theater und an den Kultureinrichtungen insgesamt in unserer Stadt, nämlich ein Anhaltischer Museumsverbund, findet sich detailliert in seinem Masterplan Kultur wieder. Deshalb sage Herr Dr. Raschpichler, weder er noch Herr Hantusch wollen diese Einrichtung in Frage stellen. Aber er glaube, es muss zumutbar sein, dass Prozesse, die hier stattfinden, auch im Interesse der Stadt und im Interesse der Beteiligten stattfinden.

Bei der kurzfristigen Finanzierung des Theaters, auf die Herr Koschig vielleicht auch in der Information an die Stadträte hätte eingehen sollen, mit Mitteln, die einmalig sind aus dem Bereich des Sozial Etats des Landes und des Bundes - ca. 1,7 Mio. €, die nur in diesem Jahr fließen - sehen Herr Hantusch und er diese Nachhaltigkeit nicht und haben geltend gemacht, dass es wenig Sinn macht, in einem Jahr so zu

tun, weiter wie bisher, und nicht die Frage zu stellen, wie geht es denn weiter. Das habe nichts damit zu tun, dass ein Theater Fortbestand haben muss.

Aus der Begründung der Beschlussvorlage entnahm Herr Dr. Raschpichler, dass dann das Theater in dieser Form nicht weitergeführt werden kann. Dies bestätigte er, aber es sei für ihn keine hinreichend ausreichende Begründung.

Er wolle aber das Thema nicht überstrapazieren, da er es gern auf einer Sachebene, in einer sachlichen Runde auch diskutiert hätte, Herr Koschig habe es aber leider heute öffentlich gemacht.

Herr Dr. Raschpichler wollte zur nächsten Beschlussvorlage, die Meisterhäuser betreffend, Anmerkungen machen, allerdings bat ihn der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, dies zurückzustellen und im betreffenden Tagesordnungspunkt Ausführungen zu machen. Dies wurde von Herrn Dr. Raschpichler akzeptiert und zugesagt.

Für Ergänzungen erhielt **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, das Wort. Er bestätigte, dass Herr OB Koschig die Angelegenheit etwas schräg und sehr vereinfacht dargestellt habe. Wie Herr Dr. Raschpichler sagte, wurde der Eindruck erweckt, dass sie beide gegen diese Finanzierung des Theaters seien. Richtig ist, dass sie seit zwei Jahren in der OB-Dienstrunde sehr intensiv immer wieder das Theater angesprochen haben. Man konnte sehen, in welcher Misere die Finanzierung des Theaters hineinfließt. Das habe ihnen im Gesamtkontext Probleme bereitet und sie haben immer wieder auf eine nachhaltige Lösung gedrungen. Man konnte sehen, wenn man die Gesamtsituation des Landes und des Bundes und auch der Stadt betrachtet, dass hier die Finanzierungen nicht mehr so sein werden, wie sie einmal waren. Er sage ehrlich, man müsse bestimmte Wege gehen und sehen, ob wir ein Staatstheater hinkriegen. Da ist aber auch die Frage der Einschätzung, wie stark hat das Land uns bisher unter die Arme gegriffen, wenn wir etwas vom Land wollten, da ist die Frage der Regionalisierung, worüber vor einem halben Jahr intensiv diskutiert wurde - Brehna sei ein Punkt gewesen.

Herr Hantusch habe am Montag dem Oberbürgermeister noch gesagt, in anderen Städten gebe es Regionalbeauftragte, wir sind bereits in einer Situation, dass die Stadt es immer schwerer hat, gestern habe Herr Hantusch mit Handelsunternehmen zusammengesessen, die Werte, die die Stadt hat, auch zu erhalten. Das bedarf dringender Handlungsinitiativen, die wir seit zwei Jahren vermisst haben. Dies wurde in der OB-Runde auch immer wieder gesagt. Es heute so darzustellen, als wären wir gegen die Vorlage oder gegen das Theater insgesamt - nein, er sei Wirtschaftsförderer, Stadtentwickler, er will das Theater und brauche es. Er gebe ein ganz klares Bekenntnis zum Theater, aber wir wollen es nachhaltig auf die Beine stellen.

Richtigstellend betonte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, der Deckungsvorschlag sei kein 1-Jahres-Vorschlag, sondern diese Summe steht uns jedes Jahr zur Verfügung. Wir haben einen rechtskräftigen Gerichtsbeschluss. Die Finanzierung ist aus den zusätzlichen Mitteln aus der Gleichbehandlung mit den beiden Oberzentren.

An dem heute unterbreiteten Beschlussvorschlag führe kein Weg vorbei, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Ihn irritiere aber, dass solche Dinge in der Dienstberatung des OB nicht auf den Punkt gebracht werden. Sicherlich müsse man im Fortgang noch darüber reden, weshalb ja auch das Gutachten auf den Weg gebracht wurde und die Verhandlungen mit dem Land sind noch nicht am Ende. Wir

müssen zunächst das eine Jahr überbrücken und müssen uns zu unserem Theater bekennen. Wenn es denn schon mit der Politik diskutiert werden soll und muss, weil es differente Standpunkte gibt, dann sollten die Ausschüsse dafür genutzt werden. Er könne nicht nachvollziehen, warum man sich hier in der Stadtratssitzung mit dem Thema neu und von vorn beschäftigen müsse.

Vom Grundsatz her seien die gestellten Fragen berechtigt, merkte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, an. Sie sind nicht neu, sondern waren Bestandteil des vergangenen Haushaltsjahres. Wir müssen aber Antworten darauf finden, wie wir uns zukünftig in der Theaterlandschaft des Landes Sachsen-Anhalt aufstellen müssen. In dem Zusammenhang sei bei weitem nicht alles gesagt, u. a. war es auch Thema der interfraktionellen Runde, wo dieser Beschluss, der heute vorliegt, auf der Tagesordnung war.

Er gehe jetzt pragmatisch vor, emotional sehe es in ihm grausam aus. Diese Art von Taktieren, wie sie hier auf der Tagesordnung stehe, mache uns in der Öffentlichkeit mehr als unglaublich. Wir haben an der Stelle gar keine andere Chance, als den Mitarbeitern des Theaters, vor allem Leistungsträgern ein Signal zu senden, dass wir zu ihnen stehen. Was sei das für eine Botschaft, indem wir unsicher agieren und diejenigen, die im Augenblick dieses Theater durch ihre Leistung tragen, in Frage stellen. Das würde passieren, wenn wir heute anders reagieren. Insofern komme aus der Fraktion Die Linke ein deutliches Zeichen für die Vorlage. Über die Art und Weise, wie wir zukünftig solche Themen diskutieren, werde **Herr Schöнемann** sich im Haupt- und Personalausschuss äußern, da es hier nicht der entsprechende Platz ist. Es würde eher das Bild verschärfen, was nicht seine Absicht sei.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, drückte über das hier Gehörte sein Entsetzen aus. Man müsse sich dies auch nicht mehr bieten lassen. Im nächsten Haupt- und Personalausschuss müsse intensiv geredet werden, da es nicht sein kann, dass die Hauptausschusssitzung im nichtöffentlichen Teil nicht genutzt wurde, wenn unterschiedliche Meinungen bestehen. Zu der heute vorliegenden Beschlussvorlage stehe die Fraktion, man habe keine andere Möglichkeit, in Richtung Theater und seine Beschäftigten ein Signal zu geben.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht angezeigt. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** brachte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beschluss zur Förderung des Anhaltischen Theaters wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.2 Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: DR/BV/337/2012/II-ATD

Der Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.3 Bestellung eines stellvertretenden Vertreters der Beschäftigten für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau
Vorlage: BV/017/2013/II-30

Die Bestellung von Herrn Sven Weihmann als Stellvertreter der Vertreterin der Beschäftigten im Betriebsausschuss erfolgte einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.4 Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat des MVZ
Vorlage: BV/016/2013/II-30

Dem Beschlussvorschlag zur Abberufung von Herrn Giese-Rehm und Entsendung von Frau Lohde in den Aufsichtsrat der MVZ SKD GmbH wurde mehrheitlich gefolgt.

Abstimmungsergebnis: 22:09:06

7.5 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: DR/BV/402/2012/II-30

Der Stadtrat stimmte der Änderung der Hauptsatzung gemäß Anlage 2 der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

7.6 Änderung der Feuerwehrsatzung
Vorlage: DR/BV/352/2012/II-37

Die vorgeschlagene 2. Änderung der Feuerwehrsatzung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.7 Vereinbarung zur Finanzierung der Meisterhäuser **Vorlage: DR/BV/417/2012/II-30**

In die Beschlussvorlage einführend, legte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** dar, die Vorlage sei im Finanzausschuss sowie im Haupt- und Personalausschuss beschlossen worden. Im vergangenen Jahr war für die Finanzierungsvereinbarung die Absichtserklärung am 12.12.2012 bestätigt worden. Diese habe die Verwaltung ermächtigt, diese Finanzierungsvereinbarung bis zum Jahresende abzuschließen. Das erfolgte, die Finanzierungsvereinbarung stehe allerdings unter zwei Vorbehalten, die Gremiengenehmigung sowie der erfolgreiche Vollzug der Zustiftung. Diese Zustiftung soll planmäßig in diesem Jahr stattfinden, wobei einige Rahmenbedingungen zu beachten sind.

Die Zustiftungsvereinbarung wird inhaltlich vorbereitet und man müsse sich darüber verständigen, wann der Zustiftungszeitpunkt vernünftigerweise liegen soll. Dazu gibt es verschiedene Standpunkte, die abzuwägen sind. Ein Standpunkt ist, dass das Kultusministerium keine Anlagen im Bau übernehmen will, wir gehen aber davon aus, dass in 2013 die Fertigstellung nicht vollständig vollzogen werden kann, frühestens 2014. Dies müsse abgewogen werden. Im Moment sei Frau Nußbeck dabei, inhaltlich die Argumente zusammenzutragen. Die Zustiftung werde auf jeden Fall ordnungsgemäß durch die zuständigen Ausschüsse (Kultur-, Finanz- und Haupt- und Personalausschuss) und den Stadtrat gehen.

Es wurde bereits durch Herrn Dr. Raschpichler darauf hingewiesen, es gibt auch dazu abweichende Standpunkte, die den Mitgliedern des Stadtrates heute zugereicht wurden. An dieser Stelle wolle Frau Nußbeck aber noch darauf hinweisen, dass es hierbei nicht um eine zusätzliche freiwillige Aufgabe geht. Die Aufgabe werde bereits wahrgenommen und das Meisterhausensemble werde gerade vervollständigt. Dies werde ja nicht gemacht, um es anschließend nicht zu betreiben. Insofern ist die Entscheidung über diese zusätzliche freiwillige Aufgabe ja bereits getroffen. **Frau BM Nußbeck** denke nach wie vor, es mache wirtschaftlich Sinn. Auch wenn das erhoffte Ergebnis, nämlich vollständige Freistellung von der Finanzierung, nicht erreicht ist, so wird es doch eine Entlastung einerseits für die Stadt sein und andererseits ein deutliches Mehr an Budget für die Meisterhäuser.

Zunächst ging von **Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler** ein Hinweis an Herrn Eichelberg. Es war genau die Intention. Als er die ablehnende Stellungnahme sein Dezernat betreffend schriftlich fixiert und dem Oberbürgermeister übergeben habe, war es seine schriftliche Bitte an den OB, dies im Haupt- und Personalausschuss zu thematisieren. Dort wäre auch eine Abwägung möglich gewesen, ohne diese emotionale Belastung, die natürlich ein solches öffentliches Thema jetzt mit sich bringt. Insofern könne sich aber jeder ein Bild machen, wie bestimmte Prozesse laufen.

An Frau Nußbeck gerichtet, korrigierte er ihre Aussage. Es ist in der Tat eine neue zusätzliche Aufgabe, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Wir verdoppeln den Betriebskostenzuschuss zur Betreibung der Meisterhäuser. Vor allem ist es qualitativ neu, es ist ein Unterschied unter dem Aspekt der Doppik, ob ich in eine eigene Immobilie einen Betriebskostenzuschuss zur Bewirtschaftung gebe, oder an einen rechtlich unabhängigen Dritten, wie es bei der Stiftung der Fall ist. Dies müsse sauber auseinander gehalten werden.

Herr Dr. Raschpichler sage auch ganz deutlich, er finde diesen Vertrag in der vorliegenden Form in der Tat für die Stadt als dauerhaft nicht günstig. Detailliert könne er dies vielleicht im Haupt- und Personalausschuss ausführen. Er denke, Beigeordnete müssen das Recht haben, diese Meinung auch gegenüber den Stadträten kund zu tun, damit sie auch transparent abwägen können. Wenn dieser Prozess durch das Vorpreschen von Herrn Oberbürgermeister Koschig, das er in keiner Weise nachvollziehen könne, in eine derartige emotionale Schiene kommt, ist natürlich die Rückkehr zur Sachlichkeit schwierig. Er glaube aber, Kollege Hantusch und er seien bereit, in einem geordneten sachlich aufgestellten Rahmen diese Sache nochmals zu diskutieren. Allerdings sei es eigentlich Vergangenheit, was heute beschlossen werden soll.

Anknüpfend an diese Worte von Herrn Dr. Raschpichler merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an, es sei im Grunde genommen Vergangenheit, denn man könne sich daran erinnern, dass hier in der letzten Stadtratssitzung sehr intensiv diskutiert wurde. Er habe ganz deutlich seine Position dargelegt und sich nicht gegen die Zustiftung gewehrt. Genau so stehe es auch im Protokoll des Stadtrates. Er habe einfach angeregt, diese Vorlage, da sie von der OB-Runde direkt in den Stadtrat gegangen war, noch einmal über die Ausschüsse laufen zu lassen, um letztendlich eine sachgerechte Diskussion insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt mal eben so 8-10 Mio. € an einen Dritten gibt. Da müsse man bis zum Schluss darüber nachdenken und fragen, ist das unter dem jetzigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung. Das sollte man nochmals diskutieren, dazu stehe er auch heute noch. Dennoch sei es im Grunde genommen Vergangenheit, es werde heute beschlossen, insofern sei für ihn das Thema beendet. Man werde in einigen Jahren sehen, ob das der richtige Weg war. Er sage nicht, dass sein Weg der richtige ist und Frau Nußbeck könne es auch nicht sagen. Es aber nur unter monetären Gesichtspunkten zu diskutieren, das war ihm etwas zu schwach. Deshalb sage er, wir haben ein Pfund mit diesen Häusern, sie werden gut und wir werden damit Aufmerksamkeit erzeugen.

Wenn die Dezernenten darüber pikiert sind, dass es nicht ausreichend diskutiert wurde, warum waren sie dann nicht am 23.01. im Finanzausschuss, fragte **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**. Hier waren beide Themen auf der Tagesordnung, wurden ausreichend begründet, diskutiert und eindeutig beschlossen. Hier hätten sie Gelegenheit gehabt, ihre Bedenken vorzubringen.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, entgegnete, es sei kein Mosern, wenn man über 8-10 Mio. € sprechen. Weiterhin war bereits im Stadtrat zuvor die Grundsatzentscheidung getroffen worden. Er hätte heute von sich aus nichts mehr gesagt, das Thema ist durch, der Stadtrat hat entschieden. Es ist der Ausfluss aus der Grundsatzentscheidung des Stadtrates, welche er nicht in Frage stelle.

Sowohl Herr Dr. Raschpichler als auch Herr Hantusch haben gerade noch einmal das Wort ergriffen, stellte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, fest. Er habe bereits im letzten Stadtrat davor gewarnt, dass man möglicherweise hier einen großen Fehler begehe, weil man die Stiftung Bauhaus mit einer solchen Debatte einfach schädige. Er sei fassungslos darüber, dass hier genau die gleiche Diskussion wieder darüber geführt wird. Er rate dringend, dies nun abzubrechen und zur Abstimmung zu kommen.

Herr Dr. Exner stellte fest, es wurde der Antrag auf Ende der Debatte gestellt. Es gebe keine Wortmeldungen zur Debatte mehr. Formal gegen den Antrag auf Ende der Debatte meldete sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**.

In der Abstimmung über den Antrag auf Ende der Debatte wurde diesem mehrheitlich (21:11:05) stattgegeben.

Der Beschluss zum Abschluss der Vereinbarung zur Finanzierung der Meisterhäuser wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 27:00:10

**7.8 Maßnahmebeschluss zur Sanierung der Sekundarschule "An der Biethe" am zukünftigen Standort Goethestraße 5, Haus 2
Vorlage: DR/BV/407/2012/V-40**

Der Maßnahmebeschluss zur Sanierung der Sekundarschule „An der Biethe“ wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.9 Maßnahmebeschluss zur Teilsanierung der Grundschule "Ziebigk"
Vorlage: DR/BV/411/2012/V-40**

Der Beschluss zur Teilsanierung der Grundschule „Ziebigk“ wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.10 1. Änderung zur Satzung über die Erhebung von einmaligen Straßen-
ausbaubeiträgen im Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau vom 10.12.2008
- veröffentlicht im Amtsblatt vom 31. Januar 2009 (Ausgabe 2/2009)
Vorlage: DR/BV/391/2012/VI-60**

Der Stadtrat beschloss die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von einmaligen Straßenausbaubeiträgen.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

**7.11 Satzung zur Aufhebung der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für
das Bahnhofsviertel von Dessau vom 27. Juni 2004
Vorlage: DR/BV/291/2012/VI-61**

Eine Nachfrage zur Begründung stellte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Es gab im Bahnhofsbereich gute Gründe, eine Erhaltungssatzung aufzustellen. Diese Gründe bestehen grundsätzlich nach wie vor, einzig weggefallen ist die Zuversicht, dass sich am derzeitigen Zustand bald etwas ändern wird. Wenn er es richtig sehe, habe man eine ähnliche Vorlage in einem weiteren Tagesordnungspunkt. Für ihn sei nicht ganz nachvollziehbar, warum wir an dieser Stelle mit einem eigentlich deutlich wertvollerem Baubestand so hineingehen und letztendlich darauf absehen, leere Grundstücke zu erhalten und an anderer Stelle das verhindern.

Für die Beantwortung erhielt **Herr Schmidt, Sgl Städtebau** im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, das Wort. Er erläuterte, Rechtsgrundlage für die Satzung ist § 172 Baugesetzbuch. Dieser war damals auch Rechtsgrundlage für den Erlass der Satzung. Er stimme Herrn Giese-Rehm zu, dass es damals tragende Gründe für diese Entscheidung gab, insbesondere auch deshalb, weil für in 2004 getätigte Investitionen es noch ein Investitionszulagegesetz gab, was Investitionen auch noch steuerlich begünstigt hat. Dieser tragende Grund ist weggefallen. Wir beobachten aber zunehmend den Verfall von Gebäuden, was zwangsläufig die Frage nach sich zieht, wie können wir hier eine Neuentwicklung im Theater- und Bahnhofsviertel anstreben und das rechtskonform. Die Herausforderung bei der Erhaltungssatzung ist, dass Abrissvorhaben auf der Grundlage der Erhaltungssatzung nicht einfach befreit oder bewilligt werden können, sondern man müsse eine Art von Gegenmaßnahmen ergreifen. Das probate Mittel ist hier in dem Fall die Aufhebung der Satzung. Herr Schmidt gab dabei zu bedenken, dass wir einen Großteil in dem Gebiet haben, was unter Denkmalschutz steht, wo also weiterhin Regelungen gelten, die nach wie vor auch den Zielen der Erhaltungssatzung Rechnung tragen und behilflich sind, weiterhin auch Ziele zu erreichen.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 34:01:02

7.12 Projektantrag "Städte wagen Wildnis - Vielfalt erleben"

Vorlage: DR/BV/340/2012/VI-61

Der Projektantrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 23:13:01

- 7.13 Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Teilbereich "Am Friedhof III" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche"**
Vorlage: DR/BV/406/2012/VI-61

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

- 7.14 Straßenbenennung "Am Junkerswerk"**
Vorlage: DR/BV/377/2012/VI-62

Die Straßenbenennung für die neu erbaute Straße auf dem Gelände des ehemaligen Junkalor-Werkes in „**Am Junkerswerk**“ wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:02

- 7.15 Masterplan Bauhausstadt, Stadtnamensänderung nur über Bürgerentscheid**
Vorlage: BV/020/2013/SR

- abgesetzt -

Am Ende der Tagesordnung im öffentlichen Teil angekommen, stellte Herr Dr. Exner Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 21.03.13

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer